



Stuttgart 21: Wenn's um Profit geht, sind ihnen alle Mittel recht

„Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht!“ Wenn die Menschen aufbegehren und sich gegen die Machenschaften der Herrschenden zur Wehr setzen, bekommen sie die gesamte Bandbreite der bürgerlichen Herrschaftsausübung zu spüren: Von Desinformationskampagnen der Medien über manipulative Meinungsumfragen, Pseudo-Bürgerbeteiligungen, Faktenmanipulationen, Wahlbeeinflussungen, Einschüchterungen, Kriminalisierung, Strafverfolgungen bis hin zu brachialer Polizeigewalt.

Schwarzer Donnerstag

Was Staatsmacht bedeutet, musste die Bewegung gegen S21 am 30.9.2010 am eigenen Leib erfahren. Um die illegalen Baumfällungen im Schlosspark durchzusetzen, wurden mehrere Polizeihundertschaften gegen das Volk in Stellung gebracht. Beim Einsatz von Knüppeln, Wasserwerfern und Pfefferspray gegen friedliche Demonstranten zeigte die Staatsmacht an diesem „Schwarzen Donnerstag“ ihr wahres Gesicht. 400 Demonstranten wurden zum Teil schwer verletzt, Dietrich Wagner musste mit seinem Augenlicht bezahlen.

Bürgerverarschung

Als daraufhin die Anzahl der Demo-Teilnehmer rapid anstieg, waren Kosmetik und Imagepflege angesagt. Mappus einigte sich mit dem „Noch-Nicht-Ministerpräsidenten“ Kretschmann auf den Schlichter Geißler. Geschickt wurden die aktiven BürgerInnen mit der Schlichtungs-Show von der Straße geholt und in die Zuschauerrolle verbannt. „Stars“ wie Boris Palmer waren angesagt (Was macht der eigentlich jetzt?). Geißler hatte angeblich ein ganz neues Demokratiemodell erfunden. Offene Informationen im Vorfeld der Entscheidungen, man müsse die Bürger „mitnehmen“. Wie das aussieht, haben wir auch kürzlich mit dem Filder-Dialog (oder besser Dialüg) erlebt. Demokratisch ist nicht, das Volk „mitzunehmen“, sondern das Volk entscheiden zu lassen.

Was ändern Wahlen? Neuer Stil – gleiche Schweinerei!

Doch Schlichtung und „Kreidefressen“ reichten nicht, um Mappus zu retten. Der Widerstand gegen S21 und die Reaktorkatastrophe von Fukushima spülten Grün-Rot in die Landesregierung. Doch der von der Bewegung erhoffte Projektausstieg blieb aus. Wir können eben nur wählen, welche Regierung die Interessen des Kapi-

tals durchsetzt. Die wirklichen Entscheidungen werden nach wie vor in den Vorstandsetagen von Banken und Konzernen getroffen. Was sich änderte, war lediglich die Form der Durchsetzung. Statt „brachial“ a la Mappus-CDU haben wir jetzt die Grün-Rote Variante, „weichgespült“. Doch was ist geblieben von der viel beschworenen „Politik des Gehörtwerdens“? Der Südflügel wurde trotzdem abgerissen, das Zeltlager im Schlosspark trotzdem geräumt und die Bäume trotzdem gefällt. Wie viel Kreide die Staats-



macht tatsächlich gefressen hat, konnten die S21-Baustellenblockierer, der Richter a.D. Reicherter oder die bei der NPD-Gegendemo am 30. Juli in Stuttgart unrechtmäßig und willkürlich von der Polizei Einkesselten erfahren.

Pseudo-Rechtfertigung

Mit der Volksabstimmung sollte dem Ganzen ein demokratisches Mäntelchen verpasst werden, unter dem sich die „wahren“ Demokraten verstecken können, wenn sie nun die Profitinteressen von Baumafia, Immobilienspekulanten und Automobilindustrie durchsetzen. Dass die Information durch die grün-rote Landesregierung im Vorfeld der Abstimmung nur halbherzig war, dass horrenden Ausstiegskosten herbeigelogen wurden, dass der Stresstest von der Bahn manipuliert wurde, dass durch die Medienmacht der Projektbefürworter und mit dem unrechtmäßigen OB-Brief das Abstimmungsergebnis alles andere als demokratisch zustande gekommen war, spielt für sie keine Rolle.

Schein-Demokratie entlarven

„Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen.“ (W. I. Lenin)

Keine Staatsform ist klassenneutral. Stets gibt es eine herrschende und eine unterdrückte Klasse. Das war in der Sklavenhaltergesellschaft der Antike so, war im Mittelalter so und ist auch im bürgerlichen Parlamentarismus, der bürgerlichen Demokratie, so. Für die herrschende Klasse ist es normal, sich bei Wahlen einen „Freifahrtsschein“ zu holen, um dann bis zur nächsten Wahl machen zu können was sie wollen. Es scheint normal zu sein, dass sich „staats-tragende“ Politiker in lukrativen Berater- und Fördererpöstchen einnisten. Normal, dass die Lobbyisten mehr zu sagen haben, als die Bevölkerung. Normal, dass die wichtigsten Entscheidungen von den Wirtschaftsbossen diktiert und von den Parlamenten abgenickt werden. Die Banker entwerfen den „Banken-Rettungsschirm“ und die Mechanismen künftiger Bankenkontrolle gleich mit. Die Futtermittelindustrie soll sagen, wie künftig ihre eigene Giftmischerei

kontrolliert werden soll, **Wessen Demokratie ist die Demokratie?** damit kein Dioxin mehr in die Nahrung kommt. Atomkonzerne und Reaktorlaufzeiten, oder Gesundheitsreform und Pharma-Industrie, überall das gleiche Bild. Überall wird der Bock zum Gärtner gemacht. Und die „Spätzle-Connection“ entscheidet eben über Stuttgart 21. Basta!

Es scheint normal zu sein, der Klientel in den Chefetagen der Banken und Konzerne unkontrolliert Milliardenaufträge/Profite aus Steuergeldern zuzuschancen. Regierungen in Bund, Land und Stadt mit den Industrie- und Bankenbossen in einem Sumpf. Die Parlamente segnen es ab. Gerichte und Polizei garantieren, dass sie nicht gestört werden. Die Opfer werden zu Tätern erklärt und bestraft. Dieses System ist nicht demokratisch!

Anscheinend ist es für die Regierenden normal, noch vorher schnell vertragliche Tatsachen zu schaffen, um ein Bürgerbegehren gegen Stuttgart 21 abzuwürgen. Und sich dann vor Gerichten bestätigen zu lassen: "Es bestehen doch rechtsverbindliche Verträge!" Normal, zu lügen, dass sich die Balken biegen. Vorteile frei zu erfinden, unliebsame Gutachten zu unterschlagen und Risiken zu verschweigen.



Wirkliche Demokratie wird auf der Straße durchgesetzt!

Nun wird die Stuttgarter Bevölkerung wieder an die Wahlurne gerufen. Klar ist schon jetzt, dass die OB-Wahl Stuttgart 21 nicht verhindern wird. Dieser Illusion darf sich die Bewegung gegen S21 nicht hingeben. Allerdings besteht mit der Wahl die Möglichkeit, wichtige Themen wie das Milliardengrab S21, die Zukunft unserer Energie- und Wasserversorgung, Armut und Reichtum in unserer Stadt oder eine ökologische Verkehrspolitik in die Öffentlichkeit zu tragen. Eine Chance, die wir weiterhin nutzen sollten. S21 verhindern werden wir aber weder durch Wahlen noch durch Gerichtsurteile (auch wenn der juristische Weg eine wichtige Aktionsform des Widerstands ist), sondern nur durch den breiten Widerstand auf der Straße – und möglichst auch in den Betrieben – sowie kraftvolle Blockadeaktionen.

Echte Demokratie ist das Gegenteil von Lobbykratie und Stellvertreterpolitik. Dafür steht auch die Kandidatur von Hannes Rockenbauch: [Am 7. Oktober Hannes wählen!](#)

So lange die wichtigen Entscheidungen in Wahrheit in den Chefetagen fallen, bleibt die bürgerliche Demokratie bestenfalls eine wohlklingende Floskel. Deshalb gilt nach wie vor:

Das Übel an der Wurzel packen, die Macht der Banken und Konzerne knacken!

Nur Mut!

**UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
Die Kommunistische unter den Linken**

Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!



Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart, Spendenkonto 2078906, BW-Bank, BLZ 60050101.

Impressum
DKP Kreis
Stuttgart

Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org